



Die Herrschenden sehen es gerne, wenn die Arbeiter schufteten wie die Ameisen. Wie sonst wäre es möglich, dass Unternehmen selbst in der Krise hohe und höchste Gewinne machen? Während sich Aktionäre über fette Dividenden freuen dürfen, bleiben die Löhne für die arbeitenden Menschen zurück. Es gibt immer mehr mies bezahlte Jobs, von denen man nicht leben kann. Arbeit muss sich wieder lohnen, fordert die KPÖ.

# der lohnen

## Systematischer Rückbau

Seit Österreich der EU beigetreten ist und der Neoliberalismus (mit Privatisierung und Sozialabbau) dominiert, wurde die Massenkauflkraft eingedämmt und der Spielraum für Finanzspekulationen ausgebaut. In einem Aufwaschen wurde der Konjunktur damit der Motor der Inlandsnachfrage entzogen.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist die Überakkumulation von Kapital, welche die Finanzkrise ausgelöst hat. Anlagen, die nicht in der Realwirtschaft landen, lösen Spekulationsblasen aus, weil sie mit keinem echten Wert verbunden sind.

## Geld ist genug da

Ein Land, das zur Sicherung der Banken hundert Milliarden

Euro bereitgestellt hat und einzelnen Bankmanagern für wenige Monate Tätigkeit Millionenbeträge nachwirft, ist reif dafür, das Steuer in der Verteilung des Reichtums unter dem Motto „Profite runter – Löhne rauf!“ herumzureissen. In erster Linie ist die Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen und mit einem Niveau erforderlich, das ein menschenwürdiges Dasein erlaubt.

Anstatt eine weiteren Flexibilisierung des Einsatzes der Arbeitskräfte in der Produktions- und Dienstleistungsindustrie zuzulassen, muss eine Arbeitszeitverkürzung angestrebt werden. Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit (bekanntlich die teuerste Form der Arbeitszeitverkürzung) bekämpft werden.

## MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

# Für die Leute da sein

*Liebe Grazerinnen und Grazer!*

**W**er zahlt die Kosten der Krise? Ein Blick auf die gestiegenen Kosten für viele öffentliche Leistungen oder den Benzinpreis gibt einem die Antwort.

Die Masse der Bevölkerung zahlt. Die Regierung gibt den Takt an. Die Belastungen treffen immer öfter auch Menschen, die im Beruf stehen, aber keine Großverdiener sind.

Wir in der Gemeinde sollten einen anderen Weg gehen als Bund und Länder. Wir müssen alles tun, um in unserem Bereich sogenannte „Tarifanpassungen“ zu vermeiden. Deshalb hat das Wohnungsamt im Jahr 2008 durchgesetzt, dass eine Anhebung der Kategoriemieten für Gemeindewohnungen in Graz nicht nachvollzogen wurde.

Bei den Richtwertmieten ist es mir jetzt (nach langen Diskussionen mit der schwarz-grünen Rathauskoalition) gelungen, dass im Jahr 2010 die vom Ge-

setz vorgeschriebene Erhöhung in den Grazer Gemeindewohnungen nur zu 50 Prozent umgesetzt wird. Das ist in Zeiten steigender Betriebskosten nicht wenig.

Wir verbinden in Graz die Entlastung von Mietern durch vernünftige Preise für das Wohnen mit einem langfristigen Programm zur Verbesserung der Wohnverhältnisse.

Das ist – angesichts der Mehrheiten in der Stadtregierung – nicht leicht. ÖVP und Grüne sollten bedenken:

Wer bei Prestigeprojekten in Zeiten wie diesen mit Millionen nur so um sich wirft, der muss darauf Rücksicht nehmen, dass die Mehrheit der Menschen jeden Euro zweimal umdrehen muss. Ich werde jedenfalls auch in Zukunft für diese Leute da sein und nicht für Banken und Großfirmen.

*meint*

*Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 872 20 60*

## KLEIN, ABER MIT BISS



*Wenn das so weitergeht, sind Nüsse bald eine stärkere Währung als der Euro*

## INHALT

Mieter bekamen Geld zurück....4
Hohe Maklerkosten .....5
Pfauengarten: Bebauung?.....6
Lebensmittelkennzeichnung .....8
Graz unter Hochwasser.....9
Millionen für Medienkonzern..10
WEGRAZ statt Bewohner .....11
Ende für Augartensauna?..... 12
Geben statt nehmen?.....16
Pflegeheime vor Privatisierung 17
Gesetz für Spekulanten .....19
Die Toten standen auf ..... 22
Aus den Bezirken ..... 24/25
1. Mai-Fest .....28